



**Die Inszenierung von Politik
in den Medien**

**Die Inszenierung von Politik
für die Medien**

Christoph Weller

Ursachen der massenmedialen Inszenierung von Politik und ihre Gefahren für die Demokratie

Anmerkungen aus politikwissenschaftlicher Perspektive

Gegen die Inszenierung von Bertolt Brechts Dreigroschenoper oder auch von Richard Wagners Meistersingern hätten wir nichts einzuwenden. Aber die "Inszenierung von Politik"? Ist Politik nicht eine zu ernste Sache, als daß sie inszeniert werden dürfte, ja noch viel mehr: Erfordert eine demokratische Form der Herrschaft nicht notwendig, daß Politik gerade *nicht* inszeniert wird, sondern genau so öffentlich gemacht wird, wie sie *wirklich* ist, daß zum Eigentlichen nichts hinzugefügt oder an ihm verändert wird, sondern die *Realität der Politik* in den Medien vorgeführt wird, daß nichts dabei künstlich in Szene gesetzt wird - weder von den Massenmedien noch von der Politik selbst -, um unsere Aufmerksamkeit möglicherweise von dem abzulenken, was eigentlich wichtig wäre - denn wie sollte sonst die demokratische Beurteilung und Kontrolle unserer politischen Repräsentantinnen und -tanten möglich sein?

Wir medieninformierten Zeitgenossinnen haben natürlich eine intuitive Ahnung und einige Erfahrung, daß uns hier und da mal was vorgespielt wird, sowohl von PolitikerInnen als auch von den Medien, daß also beide mit Inszenierungen arbeiten, weil sie etwas von uns wollen: die einen wollen unsere Sympathie, unsere Zustimmung und am Ende unsere Stimme bei Wahlen - oder nur unser Stillhalten und Zufriedengeben -, die anderen wollen unsere Aufmerksamkeit als Leserinnen, Zuhörer, Käuferinnen und Zuschauer, weil sie nur so ihre Werbeanteile möglichst teuer verkaufen können und damit ihr Produkt im marktwirtschaftlichen Konkurrenzgeschehen überleben kann.

Aber solche Inszenierungen hier und da scheinen uns akzeptabel, solange wir annehmen können, daß wir sie als Inszenierungen erkennen: wenn Möllemann fallschirmspringt, Töpfer rheindurchschwimmt, Scharping Fahrräder und Greenpeace Schornsteine besteigt, werden damit zuallererst dem Fernsehen interessante Bilder geliefert, weil die inszenierenden politischen Akteure meinen, ohne spektakuläre Aktionen keine massenmediale Aufmerksamkeit für ihre *eigentlichen messages* zu erhalten: daß nämlich mehr Umweltschutz möglich und nötig ist, die SPD-Fraktion von einem spritzigen Vorsitzenden geführt wird, der Rhein viel sauberer ist als unsere Vorurteile vermuten lassen und die FDP atemberaubendes Personal aufzubieten hat. Diese Informationen, als Presseerklärungen in Umlauf gebracht, würden schon in Nachrichtenagenturen nur knapp der "Ab-lage P" (Papierkorb) entgehen, im Fernsehen kaum den Weg von der Poststelle in die Redaktion finden und in Tageszeitungen im besten Fall noch bei letzten Korrekturen im Layout auf den Weg zu Leserinnen und Lesern geschickt. Aber spätestens die MediennutzerInnen würden gelangweilt darüber hinweglesen, weil einer solchen Meldung genau jene Eigenschaften fehlen, die sie uns interessant und beachtenswert erscheinen lassen: was ist neu, überraschend, außergewöhnlich, vom Normalen abweichend?

Das System massenmedialer politischer Öffentlichkeit

Nicht das Alltägliche, Immer-Gleiche und Normale, sondern das Neue, Überraschende, Außergewöhnliche, das Abweichende, meist Konflikthafte erregt unsere Aufmerksamkeit. Dies sind die - offenbar berechtigten - Merkmale, die von einer Information verlangt werden, wenn sie unsere Augen und Ohren erreichen soll. Wenn uns die Zeitung dagegen langweilt, wird sie abbestellt; die Fernsehnachrichten müssen uns Bilder des Besonderen liefern, über die am nächsten Tag geredet wird, wenn sie uns nicht als regelmäßige ZuschauerInnen verlieren wollen. Auf diese unsere Wünsche und Erwartungen müssen und wollen die Redaktionen Rücksicht nehmen, weil sie anderenfalls in den ökonomischen Abwärtsstrudel sinkender Verkaufs- und Zuschauerzahlen, verringerter Werbeeinnahmen, eingeschränkter Berichterstattung, abwandernden Publikums etc. kommen. Deshalb lassen sie unberichtet, was wir nicht hören und sehen wol-

len, was nicht neu und außergewöhnlich ist und selektieren das potentiell zu Berichtende nach unseren Wünschen.

Verwundern muß uns also nicht, wenn deshalb politische Akteure, die der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen haben - und sei es nur, daß sie regelmäßig auf ihre bloße Existenz aufmerksam machen wollen -, versuchen, ihre Mitteilungen mit genau den Merkmalen auszustatten, die sie den massenmedialen Selektionsprozeß unbeschadet durchlaufen läßt, um dann den Weg in die Wohnstuben, auf Frühstückstische und vor allem in das Langzeitgedächtnis des Wahlvolkes zu finden. Und indem wir von diesen Auswahlprozessen wissen oder sie zumindest erahnen, sind wir auch in zahlreichen Fällen in der Lage, die gegen unsere Langeweile gerichteten Inszenierungen zu erkennen und sie vom politischen Gehalt der Nachrichten zu unterscheiden.

Doch können wir uns sicher sein, daß alle *wichtigen* Informationen die entscheidenden Merkmale aufweisen, daß sie den Filter der Massenmedien ungestreift durchfahren, daß alle bedeutsamen politischen Angelegenheiten jemanden finden, der oder die sie für den Zugang zur massenmedialen politischen Öffentlichkeit geeignet in Szene setzt, und daß, was uns auf den Tisch, die Mattscheibe und in die Boxen kommt, nicht allein gut inszeniert, sondern auch richtig und vollständig ist? Und wenn wir uns nicht sicher sind: weiche Konsequenzen ziehen wir aus dieser Beschränktheit politischer Öffentlichkeit und der damit einhergehenden Gefährdung der Demokratie?

Die Inszenierung von Politik - wer führt Regie?

Nicht nur die Politik inszeniert uns eine Welt, die es ohne deren Angewiesensein auf die massenmediale Berichterstattung gar nicht gäbe (Pressekonferenzen, parlamentarische Schaukämpfe, Stellungnahmen etc.), auch die Medien müssen ständig inszenieren: aus der Fülle der Ereignisse wählen sie einige wenige aus und inszenieren uns daraus eine Welt, die nicht aus Alltäglichkeiten besteht, sondern aus Prominenz, aus Konflikten, aus Unglücksfällen, aus Einmaligem. Wir erfahren nichts von der differenzierten Einschätzung der entsprechenden Fachfrau über die Arbeits-

marktchancen von alleinerziehenden Vätern, sondern nur von der politischen Beurteilung eines prominenten Parteipolitikers, die in ihrem sachlichen Gehalt durchaus falsch sein kann; weder die Journalistin noch wir sind - in den allermeisten Fällen - in der Lage, eine solche Stellungnahme auf ihre Stichhaltigkeit und Richtigkeit hin zu überprüfen. Doch es ist die Prominenz des Sprechers, gepaart mit seiner simplifizierend-bewertenden Gegenstandsbeschreibung, was dieser Stellungnahme ihre Medienaufmerksamkeit sichert.

Haben sich die Mitglieder einer Gewerkschaft, einer Partei, einer Koalitionsregierung oder des Weltsicherheitsrates in mühsamen und langwierigen Gesprächsrunden auf eine gemeinsame Position geeinigt, kann so etwas in der Regel nur dann die Medienaufmerksamkeit gewinnen, wenn damit ein anderer Konflikt (z.B. mit dem Arbeitgeberverband, der Opposition, dem Irak) an Bedeutung gewinnt. Innerparteiliche KritikerInnen sind die Lieblinge der Medien, weil der Konflikt Spannung, die Einigkeit dagegen Langeweile verspricht. Die Klage, daß das Negative, die Unglücksfälle und Katastrophen statt der positiven und geglückten Seiten des gesellschaftlichen Lebens die Spalten und Programme unserer Massenmedien füllen, ist fast so alt wie die Medien selbst - ohne daß jemand ernsthaft versucht sein könnte, etwa eine Zeitung über gewaltlose U-Bahn-Fahrerinnen, Arbeitsplatzbesitzer, unfallfreie Bus-, Zug-, Schiffs- und Flugreisen etc. zu machen. Das Einmalige und Außergewöhnliche, nicht das Alltägliche, weckt unser Interesse, und die Nachrichtenverkäufer werden nicht davon ablassen, uns genau dieses zu liefern. Sie müssen uns *diese Welt* inszenieren, weil wir uns für keine andere interessieren.

Das Resultat dieses Zusammenspiels unserer Erwartungen an die Massenmedien mit deren ökonomischen Interessen ist ein ganz eigenartiges Bild der Welt, das uns tagtäglich in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen vermittelt wird. Weil wir in den Massenmedien nicht die Langeweile des Alltags geliefert bekommen wollen, sondern eine Inszenierung aus Überraschendem und Spektakulärem, aus Konflikten und Katastrophen, Prominenz und Einmaligkeit, bleibt uns vieles verborgen, was niemanden gefunden hat, der oder die es für den Marsch durch die Prüfinstanzen des Systems massenmedialer politischer Öffentlichkeit fit gemacht - und das heißt: inszeniert - hätte. Das System kennt keinen automatischen Verstär-

ker, der auf gesellschaftspolitische Relevanz reagiert; wovon wir aber nichts erfahren, wird keinen Einfluß auf unser politisches Weltbild und unser politisches Handeln ausüben, es existiert gar nicht in unserer Konstruktion der Welt.

Nun kennt dieses Inszenieren tatsächlich viele verschiedene Ausprägungen, wie es verschiedene Medien und journalistische Konzepte gibt, und das "Publikum" ist allein ein Abstraktum eines völlig heterogenen Kollektivs, das kaum als einheitlicher Akteur auftreten kann und als solcher auch nicht zu fassen ist. Aber die Frage danach, wer Regie führt in den massenmedialen Inszenierungen ist an dieser Stelle so zu beantworten: es sind letztlich unsere Zuwendung und Aufmerksamkeit für bestimmte Medien und bestimmte Inhalte, oder zumindest doch die beim Publikum vermuteten Interessen und Bedürfnisse, die Regie führen. Daß das Medienangebot diese Interessen und Bedürfnisse relativ erfolgreich antizipiert, läßt sich daran erkennen, daß die zeitliche Zuwendung zum Angebot der Massenmedien nicht geringer wird, sondern weiter steigt.

Demokratische Machtkontrolle statt "vierter Gewalt"

Das Publikum interessiert sich für diese, nach seinen Wünschen inszenierte Welt, ohne jedoch von dem Glauben abzulassen, daß diese ihm präsentierte Welt zumindest weitgehend mit der Welt übereinstimmt, die ihm normalerweise - ob seiner doch relativ begrenzten sozialen Umwelt, in die es unmittelbaren Einblick nehmen kann - hinter Zeitungsseiten, Fernsehschirmen und O-Ton-Gemälden verborgen bleibt. Dann jedoch muß nicht verwundern, wenn die politischen Akteure nichts unversucht lassen, auch Einlaß in diese Welt zu gewinnen. Sie kommen kaum umhin, sich diesem System anzupassen, denn wer wollte schon - vollends als Repräsentant zumindest einer politischen Idee - in der Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Massenmedien ständiger Verlierer sein und - zumindest in der Selbstwahrnehmung - daran scheitern, zwar die richtige Idee, aber nicht das Geschick besessen zu haben, in *der* Welt aufzutreten, die das politische Geschehen dominiert: in der massenmedialen Inszenierung der politischen Welt?

Aus diesem Grund beschäftigen die politischen Akteure Pressesprecherinnen und Medienberater, sie inszenieren Ereignisse und vollführen Aktivitäten, die es ohne Kamera, Mikrophon und JournalistInnen gar nicht gäbe. Und das Ergebnis dieser Inszenierungen und Selbstinszenierungen erreicht uns dann als Abbild des Politischen, auf dessen Grundlage zum einen demokratische Machtkontrolle durch Herstellung von Öffentlichkeit, zum anderen aber auch demokratische Teilhabe und Mitwirkung geschehen muß. Ist das die politische Öffentlichkeit, die in einer Demokratie erforderlich ist, damit uns nicht besorgt machen muß, wenn alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (GG, Art. 20), von einem Volke, welches von seinen politischen Angelegenheiten dann erfährt, wenn es JournalistInnen oder seinen RepräsentantInnen gelingt, das politische Geschehen so zu inszenieren, daß es überhaupt die Chance hat, massenmedial vermittelt Ohr und Auge des Souveräns zu erreichen?

Das Konkurrenzprinzip, zwischen Parteien auf der einen und den Anbietern von Massenmedien auf der anderen Seite, sichert zu einem Teil zweifellos auch solchen Angelegenheiten die Öffentlichkeit, die von der einen oder der anderen Seite bewußt verschwiegen werden sollen. Dem steht jedoch die wachsende gegenseitige Abhängigkeit zwischen PolitikerInnen und JournalistInnen entgegen, die innerhalb des oben beschriebenen Systems permanent zur Kollaboration angestiftet werden: Medienpräsenz und positive Erwähnung für exklusives Insiderwissen und Informationszugang ist der hinter den Kulissen ablaufende Handel. Zwar ist auch hier das Konkurrenzprinzip am Werke, aber doch zu Ungunsten einer pluralistischen, gesellschaftspolitisch sensiblen Medienöffentlichkeit, in der Massenmedien die Kontrolle der Macht durch Herstellung von Öffentlichkeit gewährleisten sollen.

Die Medien sind keine „vierte Gewalt“, weil sie zur Erfüllung ihrer demokratischen Aufgaben gerade ohne Gewalt agieren sollen und müssen und weil sie nicht selbst das Gegengewicht zu den drei klassischen „Gewalten“ (Exekutive, Legislative, Judikative) bilden können, sondern allein ihren - wenn auch entscheidenden - Beitrag dazu leisten sollen, daß öffentliche Machtkontrolle möglich ist. Ohne diese Form der Herstellung von Öffentlichkeit ist die demokratische Herrschaft in Staaten nicht möglich. Doch weder die Parteienkonkurrenz, noch die kapitalistische Marktkonkur-

renz zwischen den Medien sichert der demokratischen Gesellschaft diese Funktion. Ganz im Gegenteil produzieren die Konkurrenzmechanismen eher die Konzentrationsprozesse hin zu ein paar wenigen Medienkonzernen und einer politisch-journalistischen Klasse, in der Kooperation und Handel statt Machtkontrolle dominiert.

Außerdem verfangen sich auch die Versuche einer institutionellen Absicherung demokratischer Funktion der Massenmedien in genau diesem unglücklichen Zusammenwirken unterschiedlicher Interessen: Politikerinnen sehen in einer verbesserten Machtkontrolle vor allem ein Hindernis für die Durchsetzung politischer Entscheidungen, von deren Richtigkeit sie überzeugt sind - das gilt auch für die jeweilige Opposition, die durch Kooperation und Handel mit der Regierung oftmals mehr von ihren Interessen durchsetzen zu können glaubt als mit Hilfe einer breiten öffentlichen Debatte. Medienunternehmen dagegen befürchten, durch eine stärkere Verpflichtung auf die Erfüllung demokratischer Funktionen in ihrem wirtschaftlichen Handlungsspielraum eingeschränkt zu werden und Leistungen erbringen zu müssen, für die niemand sie bezahlen wird. Außerdem müssen die Medien aus Anerkennungsgründen davor zurückschrecken, ihre mangelnde Leistungsfähigkeit zur Sicherung demokratischer Machtkontrolle öffentlich zu thematisieren, denn sowohl ihre eigene als auch die Akzeptanz des Gesamtsystems in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht basiert entscheidend auf dem Glauben an die Existenz einer durch Massenmedien hergestellten demokratischen Öffentlichkeit.

Aus diesen Gründen wird der Anspruch und die Illusion aufrechterhalten, daß uns die Massenmedien ein angemessenes Abbild der politischen Wirklichkeit in genau den Themenfeldern, die uns zu interessieren haben, liefern. Natürlich wird dies auch permanent bezweifelt, von Politikerinnen und Journalistinnen mindestens so sehr wie von Zuhörerinnen, Leserinnen und Zuschauerinnen. Aber *politische* Konsequenzen werden daraus nicht gezogen - aus den genannten Gründen. Allein der Bundespräsident war - in seiner zweiten Amtszeit wohlgemerkt! - dazu in der Lage, dem Problem eine gewisse Aufmerksamkeit zu schaffen, indem er einen "Bericht zur Lage des Fernsehens" anfertigen ließ. Darin werden Vorschläge gemacht für die Einrichtung neuer Instanzen und Institutionen, mit deren Hilfe sich die demokratischen Funktionen der Massenmedien ein bißchen besser

sichern ließen. Doch auch diese, gemessen an den zunehmenden Gefahren für das Funktionieren demokratischer Herrschaft eher bescheidenen Vorschläge scheinen der unheiligen Allianz von Politik und Medien zum Opfer gefallen zu sein.

Die unproduktive Suche nach den "bösen Buben"

Wenn es nicht technische Entwicklungen sein werden, die möglicherweise das hier beschriebene System massenmedialer politischer Öffentlichkeit in marktwirtschaftlichen Strukturen aus den Gleisen werfen, dann ist allein eine politisch interessierte und aufmerksame Öffentlichkeit in Verbindung mit selbstkritischen Journalistinnen in der Lage sicherzustellen, daß die Massenmedien auch weiterhin ihren Beitrag zur Machtkontrolle leisten und dieser Funktion besser gerecht werden, als sie es im Augenblick tun. Hierfür aber muß sich die öffentliche Debatte darüber ändern.

Es kann nicht um die Suche nach einzelnen Verantwortlichen gehen, die nur etwas anders oder besser machen müßten, damit alles gut wird. Solche Medien-, Politiker- und Journalisten-Schelte ist möglicherweise sogar eine - vielleicht unbewußte - Ablenkungsstrategie, um die Systemstrukturen zu verdecken und Unzufriedenheit zu kanalisieren. Wie schön einfach ist es doch, wenn sich die Kritik auf einzelne "böse Buben" kanalisieren läßt: auf Politikerinnen, die mit Tricks die Aufmerksamkeit von Journalistinnen erregen wollen, auf PressesprecherInnen, die Ereignisse erfinden, weil sich niemand fürs Alltägliche interessiert, auf Journalistinnen, die den Inszenierungen auf den Leim gehen und politische Hintergründe der vermeintlichen Sensation opfern, auf Medien-Unternehmen, denen Informationen nur ein Mittel sind, um Werbung an die jeweilige Kundschaft zu bringen.

Mit den entsprechenden Vorwürfen konfrontiert verteidigen und rechtfertigen die Angegriffenen sich immer aufs Neue mit ihrem Eingebundensein in das oben beschriebene System: sie könnten nicht anders, und damit haben sie so unrecht nicht, denn wer sich im System der massenmedialen politischen Öffentlichkeit nicht systemkonform verhält, fliegt raus. Wer von seiner Bundestagsabgeordneten über eine

ganze Legislaturperiode hinweg nichts in den Massenmedien erfahren hat, wird nicht nur an ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz, sondern auch an ihrer Existenz zweifeln, vor allem aber kaum einen Grund sehen, sie ein weiteres Mal zu wählen. Ein Pressesprecher, der seiner Politikerin nicht zu einer regelmäßigen – positiven - Medienpräsenz verhilft, wird seinen Schreibtisch eher früher als später räumen müssen. Journalistinnen, die ihren Redaktionen Alltägliches statt des Einmalig-überraschend-sensationellen verkaufen wollen, werden schnell wegen permanenter Abwärtsentwicklung ihres Kontostandes den Job wechseln müssen. Und Medien mit zu geringen Verkaufszahlen bzw. Einschaltquoten verlieren durch die deshalb sinkenden Werbeeinnahmen - weil sich die Werbezeiten und -seiten nur noch zu niedrigeren Preisen verkaufen lassen - ihre finanzielle Grundlage und verschwinden vom Markt.

Wenn also alle vermeintlich "bösen Buben" nur "arme Schweine" in einem mörderischen System sind, was bleibt dann, will man die Auflösung politischer Öffentlichkeit im massenmedialen Konkurrenzsystem nicht sehenden Auges hinnehmen? Ein vorletzter Ausweg ist die Publikumsbeschimpfung, indem den MedienkonsumentInnen vorgeworfen wird, daß sie sich in ihrer ganz großen Mehrheit für nichts anderes interessierten als für persönliche Auseinandersetzungen und innerparteilichen Streit, außerordentliche Ereignisse und überraschende Entwicklungen, sensationelle Enthüllungen und rekordverdächtige Zahlen, für Prominenz, Konflikte, Einmaliges. Doch wohl kaum jemand wird sich - bei wenigstens minimal ausgeprägter Selbstdistanz - davon ausnehmen können und von sich behaupten, völlig andere Aufmerksamkeitsmuster zu besitzen, als sie die Selektionskriterien massenmedialer Berichterstattung reflektieren. Bleibt also nur die Hoffnung auf die technische Innovation, die uns eine ganz neue Form politischer Öffentlichkeit ermöglichen soll?

Gibt es eine Selbstrettung der politischen Öffentlichkeit?

Die Machtkontrolle demokratischer Herrschaft erfordert eine politische Öffentlichkeit. Diese steht jedoch in der zunehmenden Gefahr, innerhalb der systemischen Zwänge von marktwirtschaftlicher Konkurrenz und massenmedialer Inszenierung ihr herrschaftskritisches Potential einzubüßen.

Machtkontrolle wird mehr und mehr abgelöst vom Beifall für gelungene Inszenierungen oder der puren Ignoranz für das Politische. Weitaus besorgniserregender ist jedoch, daß die Gesellschaft zur Abwehr dieser, das grundlegende Funktionieren ihrer demokratischen Verfahren bedrohenden Gefahr just der politischen Öffentlichkeit bedürfte, deren Auflösung es zu verhindern gilt, weil weder die politische Klasse noch die Akteure des Medienbetriebes - mit Ausnahme eines eng begrenzten demokratischen, kritischen Potentials in beiden Bereichen - Anstrengungen unternehmen, den von den Massenmedien zu leistenden Beitrag zur demokratischen Machtkontrolle institutionell zu sichern, denn dies läuft ihren Grundanliegen von Machtausübung und Machterhalt auf der einen und wirtschaftlich-egoistischen Interessen auf der anderen Seite entgegen.

Ob die Demokratie (noch) so intakt ist, daß sie auf die Bedrohung eines ihrer zentralen Konstitutionsmerkmale, die Machtkontrolle durch eine massenmedial herzustellende politische Öffentlichkeit, mit institutionellen Innovationen reagieren kann, oder am Ende nur auf positive Wirkungen technischer Neuerungen im Bereich der Massenkommunikation hoffen kann, wird sich in den kommenden Jahren erweisen. Diese Bedrohung der Demokratie stellt gewissermaßen den Lackmустest für ihre Leistungsfähigkeit dar, denn die erfolgreiche Abwehr dieser Bedrohung ist auf genau jene politische Öffentlichkeit angewiesen, die der Eigendynamik des marktwirtschaftlich-massenmedialen Systems zunehmend zum Opfer fällt. Machtkontrolle ist mühsam, sie vor dem Verschwinden zu bewahren erfordert noch mehr Engagement, aber sie aufzugeben wird am Ende einen Einsatz verlangen, demgegenüber die heute erforderlichen Anstrengungen wie Peanuts erscheinen müssen.